

Die Positionen der Parteien zur Hochschul- und Wissenschaftspolitik -

Wahlprüfsteine der NRW-Fachhochschulen zur Landtagswahl am 14. Mai 2017

Stand: 28.04.17

1. Welchen Stellenwert hat Hochschul- und Wissenschaftspolitik vor dem Hintergrund des stetigen Bedeutungszuwachses für Ihre Partei gegenüber anderen Politikfeldern der Landespolitik? Mit welchen Schlagworten lässt sich die Hochschul- und Wissenschaftspolitik Ihrer Partei am treffendsten beschreiben?	
SPD	<p>Die Wissenschafts- und Forschungspolitik hat für uns einen herausragenden Stellenwert und ist ein Markenkern sozialdemokratischer Bildungspolitik für die NRWSPD. Innovationen und Fortschritt, sowie gesellschaftliche und ökonomische Verbesserungen sind nur mit einer hervorragenden Wissenschaftslandschaft zu realisieren. Mit der dichtesten Hochschul- und Forschungslandschaft in Europa, vielen hervorragend ausgebildeten jungen Menschen und einer engen Verflechtung mit wirtschaftlichen Wertschöpfungsketten verfügt NRW über die besten Voraussetzungen für Innovationen. Wir setzen auf eine innovative und vernetzte Wissenschaftslandschaft, moderne Hochschulen und ein kreatives Forschungsumfeld für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Daher haben wir das Budget für die Hochschulen in NRW seit 2010 um über 50 Prozent erhöht. Dies ist nur ein Aspekt, der zeigt, welchen Stellenwert die Wissenschaftspolitik für uns hat.</p> <p>Eine Liste von Schlagworten, die unsere Politik in diesem Bereich beschreiben, kann nie abschließend sein. Unternimmt man aber diesen Versuch, stehen aus unserer Sicht folgende Begriffe im Vordergrund: Wissenschaftsfreiheit, Freiheit von Forschung und Lehre; Hochschulautonomie; verlässliche, auskömmliche und dauerhafte Finanzierung; exzellente Forschung; herausragende Lehre; gesellschaftliche Relevanz; Gute Arbeit und planbare Beschäftigungsperspektiven; zufriedene Studierende und Studienerfolg; Gleichstellung; Diversität; Digitalisierung; Kooperation; Internationalisierung; inter- und transdisziplinäres Arbeiten, Orientierung an den großen gesellschaftlichen Herausforderungen.</p> <p>Der gemeinsam zwischen Hochschulen und dem Wissenschaftsministerium erarbeitete und durch das Parlament noch angereicherte Landeshochschulentwicklungsplan gibt der Umsetzung dieser Schlagworte aus unserer Sicht einen guten Orientierungsrahmen.</p>
CDU	<p>Der Erfolg der Wirtschaft, die Sicherung unseres Wohlstandes und der Beschäftigung wie auch die Zukunftsfähigkeit des ganzen Landes hängen unmittelbar mit der Qualität und der Innovationsfähigkeit des Hochschulstandorts Nordrhein-Westfalen zusammen. Wir sind grundsätzlich davon überzeugt, dass die Hochschulen selbst am besten entscheiden</p>

	<p>können, wie und wozu geforscht wird und wie die vorhandenen Mittel möglichst optimal eingesetzt werden können. Gleichwohl bedarf es einer sorgfältigen Evaluation bisheriger Lehr- und Forschungsinhalte, um die vorhandenen begrenzten Ressourcen effizient zu verwenden.</p> <p>In der Zeit des Hochschulfreiheitsgesetzes in den Jahren 2005 bis 2010 waren die Hochschulen sehr erfolgreich. Nordrhein-Westfalen galt aufgrund einer sehr autonom gestalteten Hochschullandschaft als Vorreiter in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik.</p> <p>Zentrales Element unserer Wissenschaftspolitik war und ist die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre. Denn erst Freiheit im Denken schafft den nötigen Raum für Kreativität und Erkenntnisgewinn. Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen dringend eine neue Kultur für Innovation, Forschung und Entwicklung.</p>
Grüne	<p>Die beschriebenen Entwicklungen, Aufgaben von und Ansprüche an Hochschulen treffen vollkommen zu und gleichzeitig erleben wir einen historischen Höchststand an Studierenden. Wir GRÜNE messen der Hochschul- und Wissenschaftspolitik große Bedeutung bei.</p> <p>Daher haben wir dafür gesorgt, dass der Wissenschaftsetat mit 8,4 Milliarden Euro um 2,6 Milliarden Euro bzw. 45 Prozent höher liegt als 2010 und dass davon allein 5,2 Milliarden Euro an die Hochschulen gehen, 2 Milliarden Euro bzw. 66 Prozent mehr als 2010. NRW hat beim Hochschulpakt hervorragend verhandelt und so die benötigten Mittel zum Aufbau zusätzlicher Studienanfängerplätze bereitstellen können. Außerdem haben wir den Ausbau der Fachhochschulen weiter vorangebracht und hier Landesmittel dauerhaft bereitgestellt. Mit dem Hochschulzukunftsgesetz haben wir das Graduierteninstitut für angewandte Forschung der Fachhochschulen NRW verankert und es darüber hinaus finanziell gefördert. Damit wird die kooperative Promotion von Fachhochschulen in Zusammenarbeit mit Universitäten institutionalisiert und gestärkt.</p> <p>Mit der Hochschulvereinbarung wird ein Teil des Landesanteils am Hochschulpakt verstetigt. In den nächsten Jahren werden weitere Mittel aus dem Hochschulpakt und für die Lehramtsausbildung in die Grundfinanzierung der Hochschulen einfließen. NRW ist mit diesem Vorgehen bundesweit Vorreiter. Hinzu kommt, dass das Land die Tarif- und Mietkostensteigerungen in voller Höhe übernehmen wird. Außerdem werden die laufenden Zuschüsse an die Hochschulen erneut von haushaltswirtschaftlichen Eingriffen ausgenommen. Das ist ein Privileg, das anderen Ressorts und Hochschulen in anderen Bundesländern nicht zukommt.</p>

	Wir GRÜNE setzen auf: Bildungsgerechtigkeit und Nachhaltigkeit, autonome Hochschulen und Verantwortung für die Gesellschaft, qualifizierte Wissenschaftler*innen und zukunftsfähige Forschung.
FDP	<p>Wir Freie Demokraten wollen mit Bildung jeden Menschen befähigen, sein Leben selbstbestimmt und nach seinen Wünschen bestmöglich auszugestalten. Eines unserer zentralen politischen Ziele lautet deshalb: Weltbeste Bildung. Wir wollen, dass wirklich jeder seine Talente und Begabungen frei entfalten kann. Nur dann haben wir echte Chancengerechtigkeit in Deutschland. Für die weltbeste Bildung müssen wir alle Kräfte bündeln und die Prioritäten auf die Qualität der Bildung setzen.</p> <p>Die Hochschul- und Wissenschaftspolitik der Freien Demokraten lässt sich am besten durch die Schlagworte „exzellente Studienbedingungen“, „Forschungsfreiheit“ und „Hochschulautonomie“ beschreiben. Außerdem wollen wir Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit den Hochschulen wieder zum „Innovationsland Nummer 1“ machen.</p>
Piraten	<p>Bildungspolitik im Allgemeinen und Hochschul- und Wissenschaftspolitik im Speziellen hat für die Piratenpartei höchste Priorität. Unsere Gesellschaft befindet sich im Wandel zu einer Informations- und Wissensgesellschaft. Auf die Herausforderungen, die mit diesem Wandel verbunden sind, muss sich die Gesellschaft einstellen. Daher sehen die PIRATEN NRW die Gesellschaft in der Pflicht, jedem Menschen die Chance auf eine Hochschulbildung zu ermöglichen. In unserem bildungspolitischen Konzept spielen die Hochschulen eine wichtige Rolle. Denn an den Universitäten und Fachhochschulen wird neues Wissen geschaffen, die bestehenden Wissensbestände an die nächsten Generationen vermittelt und diese in Wissenschaft und Forschung eingewiesen. Für eine positive Weiterentwicklung der Gesellschaft ist die Förderung von Grundlagenforschung und wissenschaftlicher Lehre von zentraler Bedeutung. Die PIRATEN NRW betrachten dies als eine öffentliche Aufgabe.</p>
Linke	<p>DIE LINKE sieht Hochschul- und Wissenschaftspolitik als wichtigen Faktor zur Weiterentwicklung der Gesellschaft. Dies betrifft zum einen die persönliche Ebene. Gute Studien- und Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft ermöglichen es Menschen, sich selbst zu entfalten. Aus diesem Grund darf der Zugang zu einem Hochschulstudium nicht vom Geldbeutel der Eltern sowie durch andere sozial selektive Zugangsbeschränkungen beschränkt werden.</p> <p>Aus gesellschaftlicher Sicht dienen Hochschulen als Impulsgeber für und zur Reflexion von Handlungen ihrer Mitglieder. Dies ergibt sich aus ihrer Funktion zu Akkumulation und Erweiterung von Wissen und dessen Anwendung zum gesellschaftlichen Nutzen. Zudem will DIE LINKE durch eine Demokratisierung der Hochschulen eine Mitwirkung aller ihrer Mitglieder an Entscheidungsprozessen durchsetzen. Dies soll zum einen den Studierenden Anreize zu einem Leben in einer demokratischen und sozialen Gesellschaft geben, indem sie an der Weiterentwicklung ihrer Hochschule aktiv</p>

	<p>teilhaben können. Zum zweiten kann so eine bessere Interaktion zwischen Wissenschaft und Gesellschaft etabliert werden.</p> <p>Für DIE LINKE ergibt sich daher, dass die Hochschul- und Wissenschaftspolitik hinter keinem anderen Politikbereich zurück stehen darf. Besonders nicht hinter der Finanzpolitik, die durch massive Steuersenkungen Ende der 1990er Jahre sowie der Einführung der sogenannten Schuldenbremse die vorher bereits vorhandene Unterfinanzierung der Hochschulen weiter verschärft hat.</p>
AfD	<p>Die AfD ist der Überzeugung, dass man den Stellenwert von Hochschul- und Wissenschaftspolitik nicht hoch genug schätzen kann, wie übrigens den gesamten Komplex Bildung. Bildung ist der Treibstoff unseres Wachstumsmotors, insbesondere in unserer globalisierten Welt. Bildung garantiert Innovation, Entwicklung, Arbeitsplätze und damit internationale Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb will die AfD diesem Sektor besondere Aufmerksamkeit widmen und Fehler der jüngsten Vergangenheit, wie Bologna, revidieren und korrigieren. Wissenschaftliche Bildung muss hohe Qualität haben. Unser Schlagwort hier lautet: Mut zur Leistung!</p> <p>Bologna war vielleicht mal eine Chance, doch die Praxis hat gezeigt, dass dieses Vorhaben gescheitert ist. Studienplatzwechsel, die vorher relativ einfach zu bewerkstelligen waren, sind durch Bologna massiv erschwert worden. Das berichten viele Studierende, die sich nach dem Bachelor-Examen um einen Masterstudienplatz beworben haben. Fazit/AfD-Schlagwort hier: Bologna ist gescheitert!</p> <p>Seit einigen Jahren wird das Geld der Steuerzahler für die völlig unwissenschaftliche Gender-Forschung ausgegeben. Das reißt eine große Lücke in das Budget, das für Hochschulen und Forschung insgesamt zur Verfügung steht. Dieser Etat sollte für wirklich wissenschaftliche Arbeit an Fachhochschulen und Universitäten zur Verfügung stehen. Deshalb fordert die AfD: Schluß mit Gender!</p> <p>Für Hochschulen und Wissenschaft hat die Freiheit von Forschung und Lehre absolute Priorität. Unabhängigkeit von Ideologien jeglicher Art und ebenso von Zahlenspielen, mit denen die Zahl der Studienanfänger durch Absenkung der „Studierfähigkeit“ manipuliert wird, muss gewährleistet sein. Zur Freiheit von Forschung und Lehre gehört ebenfalls, dass nicht jedes Berufsbild notwendigerweise mit „akademischen Weihen“ gesegnet sein muss. Die AfD stützt die: Freiheit von Forschung und Lehre!</p>
<p>2. Welche Rolle sollen Fachhochschulen nach Auffassung Ihrer Partei in der künftigen Hochschul- und Wissenschaftslandschaft spielen und welchen Bildungs- und gesellschaftlichen Auftrag sollen sie auch in Abgrenzung zu anderen Hochschultypen erfüllen?</p>	

Wo sehen Sie im deutschen Wissenschaftssystem die größten Entwicklungsbedarfe und -potenziale auf dem Weg von der Erkenntnis zur praktischen Anwendung von Innovationen?

<p>SPD</p>	<p>Die NRWSPD ist überzeugt: Die Fachhochschulen haben bereits eine herausragende Bedeutung in der Wissenschaftslandschaft. Dieses Profil wollen wir schärfen. Dies bedeutet für uns eine Stärkung im Bereich der Ausbildung, hin zu einer Aufteilung der Studierenden von 60 zu 40 in Bezug zu den Universitäten. Wir wollen die Fachhochschulen in der anwendungsorientierten Forschung weiter unterstützen und stärken. Weil gerade den Fachhochschulen eine bedeutende Rolle bei der Kooperation mit Unternehmen zukommt, werden wir vor allem die Kooperationen zwischen kleinen und mittleren Unternehmen weiter unterstützen und fördern (Mittelstandsinitiative Forschungsförderung, Innovationsgutschein, Innovationsnetzwerk, Anschubförderung Anwendungszentren und Institute). Die Ausbildung des (eigenen) Nachwuchses wird für die Fachhochschulen immer wichtiger. Deshalb werden wir das neu eingerichtete Graduierteninstitut weiter etablieren.</p> <p>Die Fachhochschulen haben an der Schaltstelle zwischen praxisorientierter Lehre und anwendungsbezogener Forschung aus unserer Sicht eine zentrale Ausbildungsverantwortung übernommen. Dieser gesellschaftlichen Aufgabe werden sie gerecht.</p> <p>Entwicklungsbedarfe und -potenziale auf dem Weg von der Erkenntnis zur praktischen Anwendung von Innovationen sehen wir vor allem für die Vernetzung zwischen Hochschulen und mit Unternehmen. Hier liegen noch viele unerschlossene Potenziale, die gehoben werden sollten. Impulse dafür können Innovations- und Patentscouts geben. Die Startbedingungen für Ausgründungen und Start-Ups können ebenso verbessert werden. Und Innovationsnetzwerke können bei Kooperationen helfen, um interessante Partner und Ideen zu vernetzen. Auch die Unterstützung bei der Erwirkung von Patenten und Absicherung von Patentfamilien spielt eine wichtige Rolle.</p>
<p>CDU</p>	<p>Die Vielfalt der nordrhein-westfälischen Hochschul- und Forschungslandschaft ist einzigartig. Diese Vielfalt wird nicht nur den verschiedenen Interessen und Fähigkeiten der jungen Menschen gerecht, sie entspricht auch den unterschiedlichen Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Fachhochschulen mit ihren spezifischen Profilen und Angeboten bilden dabei ein zentrales Element. Ihre Ausrichtung auf anwendungsbezogene Forschung leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Bewältigung der stetig steigenden Herausforderungen durch die Technologisierung von Arbeits- und Lebenswelt.</p>
<p>Grüne</p>	<p>Nur durch eine funktionale Ausdifferenzierung kann der Fülle der an die Hochschulen herangetragenen Aufgaben und Erwartungen entsprochen werden. Mit einer horizontalen Differenzierung der Hochschullandschaft können die Leistungsdimensionen moderner Hochschulen zur Geltung gebracht werden. Wir GRÜNE wollen jedem Hochschultyp die</p>

	<p>für ihn passenden Entwicklungsmöglichkeiten bieten. In diesem Rahmen wollen wir die Bedeutung der Fachhochschulen in den Fokus rücken.</p> <p>Die Erwartungen an ein Studium ändern sich. Heute studiert mehr als die Hälfte eines Jahrgangs. Ein Großteil der Studierenden fordert einen stärkeren Praxisbezug im Studium. Das leisten vor allem Fachhochschulen. Wer von der Fachhochschule kommt, fasst mit einem Bachelorabschluss schnell Tritt auf dem Arbeitsmarkt. Jede* zweite Bachelor-Absolvent*in von einer Fachhochschule hat ein Jahr nach dem Abschluss eine Berufstätigkeit aufgenommen. Das zeigt, dass die ursprüngliche Bologna-Idee eines zweistufigen Studiums mit einem möglichen Berufseintritt schon nach dem Bachelor vor allem an den Fachhochschulen aufgegangen zu sein scheint. Vor diesen Hintergründen wollen wir die Kapazitäten von Fachhochschulen und Universitäten zeitgemäß austarieren. Mittelfristig wollen wir, dass mindestens 60 Prozent der Studierenden an Fachhochschulen studieren. Dazu gehört auch eine finanzielle Stärkung der Fachhochschulen.</p> <p>Gleichzeitig gibt es einen relevanten Anteil sehr forschungstarker Bereiche an Fachhochschulen. Hier treffen eine starke Lehre, eine starke anwendungsorientierte Forschung auf wissenschaftlich hohem Niveau sowie eine starke regionale Verbundenheit und Gestaltungskraft aufeinander. (Siehe ergänzend Antwort auf Frage 4)</p>
FDP	Wir müssen in Deutschland besser darin werden, an Hochschulen entwickelte Ideen zu echten Innovationen zu verwandeln, die auch wirtschaftlich verwertet werden können. Mit ihrer anwendungsorientierten Forschung sind Fachhochschulen für Wissenstransfer und Hochschulausgründungen prädestiniert. Dies erfordert jedoch autonome Hochschulen, die ihre eigenen Profile herausbilden und Anreize haben, aktiv auf Kooperationspartner aus Wirtschaft und Gesellschaft zuzugehen. Eine weitere besondere Stärke der Fachhochschulen ist das praxisorientierte Studium. Wir wollen die Zahl der Studienplätze an Fachhochschulen erhöhen und duale sowie triale Studiengänge ausbauen.
Piraten	Die Entwicklung der Hochschulen hin zum Praxistransfer und der Verwertung von Forschungsergebnissen sehen die Piraten als wichtigen Baustein in der Informations- und Wissenschaftsgesellschaft an. Die Unterteilung der Hochschultypen verwässert zurecht immer mehr. Wir wollen starke Hochschulen in Forschung und Lehre, das schließt auch forschende Fachhochschulen mit ein. Hier sind gerade in der Anwendungsforschung große Entwicklungspotenziale, die es zu fördern gilt.
Linke	DIE LINKE sieht Fachhochschulen als einen Hochschultypus eigener Art. In der Hochschul- und Wissenschaftslandschaft haben sie sich als Einrichtungen angewandter Forschung und praxisorientierter akademischer Bildung etabliert. Die Art und Umfang, in dem sie Lehre, Forschung und Transfer betreiben, unterscheidet sich deutlich von den Universitäten.

	<p>Daher setzt sich DIE LINKE dafür ein, diese Eigenartigkeit der Fachhochschulen zu stärken und auszubauen. Die stetig steigende Anzahl an StudienanfängerInnen, die sie seit 2006 aufgenommen haben, zeigt nicht nur den Erfolg ihres Studienmodells, sondern ebenso die hohe Belastung, unter der sie derzeit stehen. Dieser Druck muss durch eine Verstetigung des Hochschulpaktes 2020 auf hohem Niveau gesenkt werden, um Lehre und Forschung auf hohem Niveau betreiben zu können. Eine bedarfsgerechte Finanzierung, Verlässlichkeit und Planbarkeit sind entscheidend für die Weiterentwicklung der Fachhochschulen. Dies umfasst ebenso den Bereich der anwendungsorientierten Forschung. Besonders hier zeigt sich die Diskriminierung gegenüber den Universitäten. Nahezu die gesamte Forschungsförderung ist auf diese konzentriert, daher bedarf es hier eines beherzten Umlenkens, auch auf Bundesebene.</p> <p>Aus diesem Grund sieht DIE LINKE die größten Entwicklungsbedarfe und -potenziale auf dem Weg von der Erkenntnis zur praktischen Anwendung von Innovationen in einer besseren Personalausstattung der Fachhochschulen, insbesondere mit wissenschaftlichen Beschäftigten. Die Kapazitäten für angewandte Forschung an den Fachhochschulen sind kaum vorhanden und häufig nicht durch Grundmittel finanziert, hier bedarf es einer Korrektur. Das von der rot-rot-grünen Koalition im Berliner Abgeordnetenhaus angekündigten Programm zur Schaffung von 0,25 wissenschaftlichen Mitarbeiter*innenstellen pro Professur an den Berliner Fachhochschulen kann beispielsweise ein erster Schritt hierfür sein. Ein weiterer Schritt muss zweifellos die Senkung der sehr hohen Lehrverpflichtung sein, die es für Fachhochschulprofessor*innen fast unmöglich macht, kontinuierlich zu forschen. Ein damit verbundenes Problem stellt für DIE LINKE die Gewinnung von wissenschaftlichem Nachwuchs dar. Eine Reihe von Fächern an Fachhochschulen finden sich an Universitäten nicht, weswegen die Fachhochschulen vermehrt Professuren nicht besetzen können. Ebenso sind Bewerber*innen, die sich auf eine wissenschaftliche Karriere ausgerichtet haben, nicht immer die richtige Besetzung einer Professur an einer Fachhochschule. Aus diesem Grund wird von Fachhochschulprofessor*innen eine Doppelqualifikation mit theoretischem und praktischem Bezug verlangt. Um diese Probleme bei der Besetzung von Professuren zu beseitigen, fordert DIE LINKE das Promotionsrecht für Fachhochschulen.</p> <p>Dies wird aus Sicht der LINKEN zudem als sinnvoller und wichtiger Schritt zur Weiterentwicklung der Fachhochschulen gesehen. Häufig werden sie zu unrecht als reine Lehreinrichtungen abgetan oder die angewandte Forschung und praxisorientierte akademische Bildung als zweitklassig angesehen. Fachhochschulen sind für DIE LINKE Wissenschaftseinrichtungen, die Forschung und Lehre verbinden, so wie es auch an Universitäten erfolgt.</p>
AfD	<p>Die AfD plädiert für eine eigenständige Profilierung der Fachhochschulen, die momentan Gefahr laufen, sich zu Universitäten zweiter Klasse zu degradieren. In der Tat existiert ein großes Potential, das Fachhochschulen aufgreifen können und mit denen sie sich zu anerkannten Ausbildungsstätten erster Güte entwickeln könnten. Arbeits-, sozial-</p>

	<p>und gesellschaftspolitisch befinden wir uns in der vierten industriellen Revolution. Das ist eine große Herausforderung unserer Zeit. Ausbildungstechnisch heißt das, dass wir immer höherqualifizierte Spezialisten benötigen werden. Die Bildungspolitik muss ihr Augenmerk auf die steigende Nachfrage nach Ingenieuren, Informatikern etc. richten und dementsprechend die Weichen stellen.</p> <p>Wir sehen die zielorientierte Lösung darin, dass die Fachhochschulen die praxisorientierte akademische Ausbildung übernehmen. Die Universitäten und Technischen Hochschulen widmen sich weiterhin den grundlagenorientierten Komplexen.</p>
<p>3. Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Forschung zu Innovationen und damit Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen zu stärken?</p>	
<p>SPD</p>	<p>Die NRWSPD wird die besonderen Stärken und Alleinstellungsmerkmale der Forschung an Fachhochschulen stärken und ausbauen. Die anwendungsorientierte, nah an den Bedürfnissen und in Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft durchgeführte Forschung werden wir dabei weiterhin fördern und die besonderen Bedürfnisse der Fachhochschulen im Blick behalten.</p> <p>Dazu gehört die Fortführung der bewährten und aufeinander abgestimmten Programme FH Basis, FH Struktur, FH Kompetenz und FH Zeit für Forschung. Das vom Land finanzierte Netzwerk „Nachhaltige Forschung an Fachhochschulen in NRW“ macht die Erfolge der Fachhochschulen in Forschung und Entwicklung sichtbar. Einige aktuell anlaufende Projekte werden die FH-Forschung zudem zusätzlich stärken: Das Projekt „NRW-Innovationspartner“ wird in den neun Wirtschaftsregionen des Landes Strukturen stärken, um die Innovationsfähigkeit insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu verbessern und so indirekt auch vor allem die Forschung an Fachhochschulen adressieren. Außerdem wird die im Rahmen des Graduierteninstituts geschaffene Möglichkeit zu kooperativen Promotionen die Forschungstätigkeit an Fachhochschulen intensivieren.</p> <p>Darüber hinaus werden wir die Erfolge nordrhein-westfälischer Fachhochschulen in Wettbewerben des Bundes bzw. des Bundes und der Länder, zum Beispiel im Rahmen von FH Impuls oder dem Programm Innovative Hochschule weiter fördern und wo nötig kofinanzieren. Wir werden zudem einen deutlich höheren Anteil der Forschungsförderung des Bundes für die Fachhochschulen einfordern. Hier halten wir einen Anstieg von bislang rund 55 Mio. Euro im Jahr auf mittelfristig 100 Mio. Euro für angebracht.</p>
<p>CDU</p>	<p>Wir wollen Innovationsprozesse in Wissenschaft und Wirtschaft so unterstützen, dass die Hochschulen ihre wiedergewonnene Freiheit zur Kooperation mit der Wirtschaft verantwortungsvoll nutzen können. Hier liegt eine besondere</p>

	Herausforderung, aber auch Chance insbesondere für die Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen die Verzahnung zwischen Forschung und Lehre auf der einen und der regionalen Wirtschaft, Unternehmensgründern, Stiftungen, dem innovativen Mittelstand oder Start-ups auf der anderen Seite stärken.
Grüne	Siehe Antworten auf Fragen 2 und 4.
FDP	<p>Die Erschwernisse und bürokratischen Auflagen des rot-grünen „Hochschulzukunftsgesetzes“ wollen wir zurücknehmen. Durch mehr Hochschulautonomie sollen die Hochschulleitungen, Professorinnen und Professoren eigenverantwortlich über Mitteleinsatz und Kooperationspartner entscheiden können. Insbesondere die Befristung von Mitteln hat den Handlungsspielraum der Fachhochschulen erheblich eingeengt. Die Finanzierung der Hochschulen soll deshalb in Zukunft wieder stärker vor allem durch Grundmittel und weniger durch lediglich befristete Projektmittel erfolgen. Davon versprechen wir uns auch eine Verbesserung der Betreuungsrelation an den Fachhochschulen, die sich leider in den letzten Jahren verschlechterte: 2010 betreute ein Professor einer staatlichen Fachhochschule noch 46 Studierende – 2015 waren es hingegen schon 59,3. Auch beim wissenschaftlichen Mittelbau hat sich die Betreuungsrelation leider verschlechtert: von 21,3 auf 24,6. Weltbeste Bildung verlangt individuelle Förderung und Unterstützung. Gemeinsam mit den Hochschulen wollen wir die Ursachen für die verschlechterte Betreuungsrelation wie die unzureichende Finanzierung oder starre Vorgaben wie die Kapazitäten-Verordnung beseitigen.</p> <p>Außerdem ist uns die Sicherung der Forschungsfreiheit ein zentrales Anliegen: Wir sehen es nicht als Aufgabe der Politik an, zu bestimmen, was und wie geforscht wird. Die Forschungsförderung soll deshalb stets technologieoffen erfolgen – die Wissenschaft soll bestimmen, welche Anträge aus rein wissenschaftlicher Sicht vielversprechend und förderungswürdig sind. Die Verpflichtung zum Erlass forschungsfeindlicher Zivilklauseln wollen wir wieder aus dem Hochschulgesetz streichen, weil die Freiheit der Forschung ihre Beschränkung lediglich durch die anderen Grundrechte unseres Grundgesetzes erhält.</p>
Piraten	Wir sehen gerade im Bereich der Anwendungsforschung und der Grundlagenforschung in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern die Fachhochschulen immer mehr Potenziale. Gerade durch die örtliche Verankerung auch in der Fläche können Forschungsk Kooperationen mit KMU entstehen. Dies gilt es durch Landesfördertöpfe aufzugreifen und potenzieren.
Linke	Wie in der vorherigen Frage 2 bereits ausgeführt, wollen wir auf eine bessere Grundfinanzierung der Fachhochschulen hinwirken. Diese soll deutlich stärker als bisher die Aufgaben der Fachhochschulen widerspiegeln und neben der Lehre ebenso die Forschung berücksichtigen.

	<p>Ein erster Schritt in diese Richtung könnte z.B. das von der rot-rot-grünen Koalition im Berliner Abgeordnetenhaus angekündigte Programm zur Schaffung von 0,25 wissenschaftliche Mitarbeiter*innenstellen pro Professur an den Berliner Fachhochschulen sein. Ein weiterer Schritt muss zweifellos die Senkung der sehr hohen Lehrverpflichtung sein, die es für Fachhochschulprofessor*innen fast unmöglich macht, kontinuierlich zu forschen.</p> <p>Zudem will DIE LINKE eine Modifikation der Bund-Länder-Programme durchsetzen, die es den Fachhochschulen ermöglichen, von diesen zu profitieren. So setzt sich DIE LINKE beispielsweise für eine Wiedereinführung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau ein. In dieses Budget soll ebenso der Bundesanteil aus den Bund-Länder-Programmen Forschungsbauten an Hochschulen sowie Großgeräte überführt werden. Dieses Budget stände dann ebenfalls für Bauten und Forschungsinfrastruktur an Fachhochschulen zur Verfügung.</p>
AfD	<p>Wir brauchen Fachhochschulen, die das akademische Bildungsangebot ergänzen und sich nicht zu kleineren oder gar schlechteren Kopien von Universitäten reduzieren. Was wir dringend brauchen, ist eine qualifizierte Ausbildung der benötigten Spezialisten. Die Fachhochschulen wären gut beraten, dieses ungenutzte Potential der praxisorientierten akademischen Ausbildung endlich in Angriff zu nehmen. Dadurch könnten sich die Fachhochschulen zu Zentren der Anwendungstechnik entwickeln. Das würde auch eine neue Verbindung mit den Wirtschaftsunternehmen mit sich bringen, die diese Abteilungen oft geschrumpft haben.</p>
<p>4. Wie wird Ihre Partei langfristig sicherstellen, dass genügend qualifizierte Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen berufen werden können? Was wird Ihre Partei unternehmen, um Fachhochschulen den Zugang zu eigenständigen Promotionsmöglichkeiten bzw. einem eigenen Promotionsrecht zu verschaffen?</p>	
SPD	<p>Fachhochschulen sind heute für junge Menschen so attraktiv wie nie. Neben Praxisnähe, oft besonders guten Studienbedingungen und guten Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt gehört zur Attraktivität von Fachhochschulen auch die Möglichkeit zur Promotion für ihre Absolventinnen und Absolventen.</p> <p>Für uns gilt: Mit dem Master darf der akademische Weg der FH-Studierenden nicht einfach zu Ende sein. Leistungsstarke Absolventen von Fachhochschulen sollen die Möglichkeit bekommen zu promovieren. Deshalb haben wir das Graduierteninstitut als Parlamentsinitiative auf den Weg gebracht. Das Graduierteninstitut ist geeignet, klassische Grenzen und vermeintliche Gegensätze zwischen Fachhochschulen und Universitäten aufzubrechen und die Attraktivität von Fachhochschulen weiter zu steigern. Wir bleiben aber dabei: Sollte die kooperative Promotion scheitern, werden wir andere Lösungen zum Promotionsrecht an Fachhochschulen durchsetzen. Deswegen werden wir großen Wert auf die vereinbarte Evaluation legen.</p>

	<p>Um auch in Zukunft genügend qualifizierte Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen berufen zu können, müssen genügend prinzipiell geeignete Personen für FH-Professuren vorhanden sein. Um dies zu erreichen, haben wir das Landesprogramm „Karrierewege FH-Professur“ geschaffen, mit dem das Land NRW bundesweit voran geht. Es unterstützt wissenschaftlich in der Regel durch eine Promotion qualifizierte Personen mit ersten Berufserfahrungen dabei, weitere berufspraktische Erfahrungen außerhalb des Hochschulbereichs sowie weitere Lehr- und Forschungserfahrungen im Fachhochschulkontext zu sammeln, um die gesetzlichen Berufungsanforderungen zu erfüllen. Das Programm wird erst in den kommenden Jahren seine volle Wirkung entfalten können.</p> <p>Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass Fachhochschulen eine eigene Förderlinie und - im Rahmen des bestehenden Bund-Länder-Programms zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses - zusätzliche Mittel für die Karriere- und Personalentwicklung bzw. Gewinnung wissenschaftlichen Personals erhalten. In einem wettbewerblichen Verfahren sollen Bund und Länder befristet für 10 Jahre bzw. die Laufzeit des Nachwuchspaktes zusätzliche Mittel von jährlich mindestens 75 Mio. Euro bereitstellen.</p>
CDU	<p>Wir wollen die Kooperation der Fachhochschulen mit den Universitäten fördern und das Graduierteninstitut für angewandte Forschung der Fachhochschulen NRW in seiner Arbeit weiter stärken. Über die bestehenden Möglichkeiten hinaus wollen wir den Quereinstieg in Professorenstellen an den Fachhochschulen weiter ausbauen und die Möglichkeiten von Teilzeitprofessuren für Praktiker aus der Wirtschaft verbessern.</p>
Grüne	<p>Wir GRÜNE wollen über das im Hochschulgesetz verankerte Graduierteninstitut und über eine Experimentierklausel das eigenständige Promotionsrecht für die Fachhochschulen erproben. Darunter fällt vor allem die Frage des wissenschaftlichen Nachwuchses: Viele unterschiedliche Karrierewege an Fachhochschulen, Universitäten sowie Kunst- und Musikhochschulen sind möglich. Wir wollen die passenden Strukturen und Rahmenbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs schaffen.</p> <p>Um Forschung auf hohem Niveau durchführen zu können, brauchen die Fachhochschulen einen größeren Mittelbau. Auch das müsste finanziell hinterlegt werden. An Fachhochschulen könnten dann Modelle eines „Professional Tenure Track“ weiter ausgebaut werden, wie sie bereits an mehreren Fachhochschulen des Landes erprobt werden und nun auch durch das Land speziell gefördert werden. Die Fachhochschulprofessuren müssten hinsichtlich des Lehrdeputats flexibler sein können.</p>

	<p>Der Bund steht dabei in der Verantwortung, die Länder finanziell stärker zu unterstützen. Die neuen Möglichkeiten des geänderten Artikel 91 b des Grundgesetzes, der die Kooperationsoptionen von Bund und Ländern in der Wissenschaft neu regelt, müssen besser genutzt werden.</p>
FDP	<p>An unseren Hochschulen sollen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Weltrang lehren und forschen. Attraktivere Arbeitsbedingungen für sie, aber auch für ihre Familien sind dafür ebenso wie eine angemessene Vergütung entscheidende Voraussetzungen. Veraltete Grundsätze der Vergütungsstrukturen sind aufzubrechen, viele Regelungen des Beamtenrechts sind nicht mehr passend. Deshalb sollte für Professuren künftig ein eigenständiges Wissenschaftstarifrecht gelten und eine Vergütung analog der Regelungen zur W-Besoldung erfolgen. Eine verlässliche Finanzierung durch Land und Bund ist dabei unabdingbar.</p> <p>Auch wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Karriere stärken: Mehr Kita-Plätze an Hochschulen, Doppelkarrieren für Top-Forscherinnen und -Forscher sowie deren Lebenspartner an bzw. im Umfeld der Hochschule, Tenure Track für eine bessere Karriereplanung. Wir begrüßen ausdrücklich, dass Hochschulen dabei selbst eigene Personalentwicklungsprogramme in Kooperation mit Unternehmen entwickelt haben. Dies ist ein deutlicher Fingerzeig, welches Potential verantwortlich umgesetzte Hochschulautonomie hat.</p> <p>Wir Freie Demokraten erkennen die starke Forschung an Fachhochschulen an. Sie sollen deshalb für ihre forschungsstarken Fachrichtungen das Promotionsrecht erhalten.</p>
Piraten	<p>Die Piratenpartei möchte ein flächendeckendes Promotionsrecht an den Fachhochschulen. Hierfür gilt es das Hochschulgesetz zu ändern. Es gilt die Rahmenbedingungen für gute Forschung und Lehre an den Fachhochschulen zu verbessern, um qualifizierte Professorinnen und Professoren zu gewinnen. Dafür ist es aus unserer Sicht unerlässlich, dass die Professorinnen und Professoren gleich bezahlt werden. Das bedeutet, dass die Besoldungstypen an allen Hochschultypen harmonisiert werden müssen.</p>
Linke	<p>Die Gewinnung von Professor*innen an Fachhochschulen lässt sich aus Sicht der LINKEN nicht durch ein einzelnes Programm lösen. Die Gründe für fehlende Kandidat*innen unterscheiden sich von Fach zu Fach. Dies beginnt bei den Fächern, für die es kein Äquivalent an den Universitäten gibt. Die Zahl der Promotionen in diesen Bereichen ist daher naturgemäß sehr gering. Es muss häufig auf Bewerber*innen aus dem Ausland zurückgegriffen werden. Hier wäre vor allem die Verleihung des Promotionsrechts an Fachhochschulen ein erster wichtiger Schritt, um die Gewinnung von Professor*innen zu erleichtern.</p>

	<p>Des weiteren bewerben sich viele qualifizierte Kandidat*innen nicht auf Fachhochschul-Professuren, weil die Arbeitsbedingungen stark auf die Lehre fokussiert sind. Die anwendungsorientierte Forschung findet kaum statt bzw. hierfür gibt es keine Finanzmittel und Infrastruktur. Aus diesem Grund will DIE LINKE, dass der Bund die Grundfinanzierung der Hochschulen aufstockt (siehe Antwort auf Frage 1). Mit diesen zusätzlichen Ressourcen ließen sich attraktivere Arbeitsbedingungen generieren. Damit könnte ebenso das Problem angegangen werden, das sich aus den Gehaltsdifferenzen zwischen Privatwirtschaft und Beamtenbesoldung ergibt.</p> <p>Hinzu kommt, dass durch die erforderliche Doppelqualifikation (Promotion und mehrjährige Praxiserfahrung) keine vorgegebenen Karrierewege bestehen. Während es an Universitäten Qualifikationsstellen für Nachwuchswissenschaftler gibt, fehlt diese Stellenkategorie an Fachhochschulen vollständig. Daher sollte ein Bund-Länder-Programm aufgelegt werden, das entsprechende Modellprojekte fördert. Hierbei könnte auch die Fraunhofer-Gesellschaft eingebunden werden, die im großen Umfang Auftragsforschung für Unternehmen durchführt.</p>
AfD	<p>Bedaure, aber diese Notwendigkeit sehen wir eben gar nicht. Wir brauchen kein Promotionsrecht an Fachhochschulen - das wäre wieder nur ein weiterer Schritt auf dem falschen Weg, Universitäten zu kopieren!</p> <p>Ähnlich wie bei der Berufung von Professoren an Technische Hochschulen sehen wir es auch an Fachhochschulen als sinnvoll an, wenn Professoren ein Universitätsstudium mit Promotion ergänzt um eine mehrjährige Tätigkeit in der freien Wirtschaft vorweisen können. Gerade für eine praxisorientierte Ausbildung sind das hervorragende Voraussetzungen.</p>
<p>5. Welche Herausforderungen sieht Ihre Partei für die zukünftige Entwicklung der Hochschulfinanzierung und welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um dauerhaft eine auskömmliche und verlässliche Finanzierung der Hochschulen sicherzustellen? Welche Handlungsschwerpunkte sehen Sie dabei in Bezug auf Fachhochschulen? Wie werden Sie die Voraussetzungen für gute Beschäftigungsbedingungen für das Hochschulpersonal verbessern?</p>	
SPD	<p>Die NRWSPD wird auch weiterhin einen klaren Schwerpunkt im Landeshaushalt setzen. Gute Studien- und exzellente Forschungsbedingungen setzen eine verlässliche und dauerhafte Grundfinanzierung der Hochschulen voraus. Mit der Hochschulvereinbarung NRW 2021 haben wir die finanziellen Rahmenbedingungen für fünf weitere Jahre gesichert und weiter verbessert. Wir werden uns für eine neue Finanzarchitektur zwischen Bund und Ländern einsetzen, die die bestehende Finanzierung ausweitet und sicherstellen, dass die zur Verfügung stehenden Bundesmittel vollständig abgerufen werden können. Sollten sich die Lehrkapazitäten hin zu den Fachhochschulen verändern, so werden wir dieses spezifisch berücksichtigen, ohne die Unterstützung für Forschungsvorhaben an Fachhochschulen deshalb weniger zu fokussieren.</p>

	<p>Mit der Hochschulvereinbarung NRW 2021 haben wir mehr Planungssicherheit geschaffen, das ist Grundlage auch dafür, den Anteil befristeter Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen weiter zurückzudrängen und die Beschäftigungsbedingungen für das Hochschulpersonal entscheidend zu verbessern. Wir werden den Vertrag über gute Beschäftigungsbedingungen in Zusammenarbeit mit unseren Vertragspartnern weiter umsetzen.</p> <p>Sollte der Anteil der Lehre an den Fachhochschulen steigen, werden wir auf diese Veränderung mit mehr finanzieller Unterstützung angemessen reagieren.</p>
CDU	<p>Es ist eine Landesaufgabe, die Grundmittel für die Einrichtung von Studienplätzen bereitzustellen. Dazu gehört ein angemessenes Studierenden-Lehrenden-Verhältnis ebenso wie die Vorhaltung einer zeitgemäß ausgestatteten Infrastruktur. Mit Blick auf die Schuldenbremse und knapper werdende Finanzmittel müssen alle Bereiche auf den Prüfstand und Gelder gezielter eingesetzt werden. Es ist notwendig, unter Einbeziehung aller Beteiligten über Bedarfe und Aufgaben zu diskutieren und die Hochschulfinanzen auf dieser Basis neu aufzustellen.</p>
Grüne	<p>Wir GRÜNE wollen die Hochschulen auskömmlich finanzieren und – wo notwendig – die Infrastrukturen ausbauen und verbessern. Wir wollen Lehre und Forschung auf hohem Niveau an allen Hochschulen möglich machen. Statt die historisch bedingten unterschiedlichen Zuweisungen fortzuführen, muss ein neues Finanzierungssystem die Mittel für die Hochschulen nach klaren und vergleichbaren Indikatoren verteilen. Darüber hinaus soll der Anteil zeitlich begrenzter staatlicher Drittmittel reduziert und im Gegenzug das Budget für die Grundfinanzierung erhöht werden.</p> <p>An Fachhochschulen, Universitäten sowie Kunst- und Musikhochschulen sind viele unterschiedliche Karrierewege möglich. Unser Ziel ist es für jeden Hochschultyp die passenden Strukturen und Rahmenbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu schaffen.</p> <p>Gleichzeitig wollen wir die Umsetzung des Rahmenkodex bzw. -vertrags für gute Beschäftigungsbedingungen aktiv begleiten und – wo notwendig – an dessen Weiterentwicklung mitwirken. Für das Wissenschaftszeitvertragsgesetz fordern wir unter anderem die Abschaffung der Tarifsperre – damit ein Wissenschaftstarifvertrag möglich wird –, die den Sozialpartnern die tarifvertragliche Vereinbarung von abweichenden Befristungsregeln untersagt, sowie die Aufnahme von Betreuungsvereinbarungen.</p>
FDP	<p>Wir wollen eine auskömmliche Grundmittelfinanzierung der Fachhochschulen. Wer langfristig mit seinen Mitteln planen kann, kann auch langfristige Verträge abschließen. So haben wir Freien Demokraten es sehr bedauert, dass die rot-grüne Landesregierung die durch die Bundesfinanzierung im Landeshaushalt freigewordenen BAföG-Mittel nicht für eine Aufbesserung der Grundmittel der Hochschulen verwendet hat, sondern im allgemeinen Landeshaushalt hat</p>

	<p>versickern lassen. Ebenso sehen wir, dass die Kompensationsmittel zur Abschaffung der Studienbeiträge die Einnahmeausfälle eben nicht kompensieren: Jahr für Jahr müssen Angebote eingeschränkt werden, da die zur Verfügung gestellten Mittel nicht mit der Zahl der Studierenden steigen.</p> <p>Perspektivisch muss sich die Hochschulfinanzierung stets der Entwicklung der Studierendenzahlen anpassen. Es ist zu erwarten, dass auch der Bund bei der Finanzierung der Hochschulen künftig eine noch größere Rolle spielen wird. Damit Bund-Länder-Vereinbarungen zur gemeinschaftlichen Finanzierung der Hochschulen in Zukunft auch wirken, müssen aus Sicht der Freien Demokraten mehrere Bedingungen erfüllt werden: Die Vergabe der Mittel muss langfristig erfolgen, die Mittel müssen in die Grundmittel fließen, damit die Hochschulen autonom über die Verwendung entscheiden können, und in der Vereinbarung muss ein Finanzierungsanteil des Landes bestimmt werden, der insgesamt nicht unterschritten werden darf.</p>
Piraten	<p>Grundvoraussetzung ist nach Ansicht der Piraten, dass die Hochschulen nicht mehr den Spielball Personal verwalten. 14 von 16 Bundesländern leisten sich das Hochschulpersonal im Landesdienst. Dies hat mehrere Vorteile für die Beschäftigten. Dies gilt es wieder zurück zu drehen, denn das ist aus unserer Sicht falsch verstandene Hochschulautonomie. Die Finanzierung der Hochschulen ist derzeit nicht auskömmlich, sodass es hier eine verlässliche Zusage in Richtung Grundfinanzierung geben muss.</p>
Linke	<p>DIE LINKE will sich zum ersten dafür einsetzen, dass die Zahlungen aus dem Hochschulpakt 2020 zur Einrichtung neuer Studienplätze für Erstsemester auf dem Niveau von 2017, mit einer jährlichen Steigerung von drei Prozent als Inflationsausgleich, verstetigt werden. Denn die dem Hochschulpakt 2020 zugrundeliegende Annahme, die Zahl der Studienanfänger*innen würde nach 2020 wieder auf das Niveau von 2005 absinken, hat sich als falsch erwiesen. Dies kann jedoch nur das Minimum sein, denn bereits seit Jahren liegen die Zahlungen aus dem Hochschulpakt 2020 deutlich unter den durchschnittlichen Ausgaben der Hochschulen für einen Studienplatz. Aus diesem Grund wollen wir uns für ein weiteres Programm zur Förderung der Grundfinanzierung der Hochschulen einsetzen. Ziel dieses Programms ist eine Reduzierung der Betreuungsquote von Studierenden pro wissenschaftlichen Beschäftigten (Vollzeitäquivalent) auf 13 zu eins, wie es bereits in den 1980er Jahren bestand. Die Hälfte dieser Kosten soll der Bund tragen, die andere Hälfte das Land.</p> <p>Durch die langfristige Perspektive dieser Programme würden die Fachhochschulen die Möglichkeit erhalten, entsprechende Personalplanungs- und Entwicklungskonzepte auszuarbeiten und umzusetzen. Die sich hieraus ergebende verbesserte Personalausstattung ist ein wichtiger Schritt hin zu guten Beschäftigungsbedingungen, beispielsweise durch eine Absenkung des Lehrdeputats und die Etablierung eines Mittelbaus.</p>

	<p>Für den Bereich der Investitionen wollen wir uns für eine Wiedereinführung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau im Grundgesetz einsetzen. Der Bund sollte hierfür ab kommenden Jahr 1,3 Milliarden Euro bereitstellen, was dem Bundesanteil vor Streichung der Gemeinschaftsaufgabe aus dem Grundgesetz zuzüglich der inzwischen angefallenen Inflation entspricht. Diese Summe sollte jedes Jahr um drei Prozent gesteigert werden, um die anfallende Inflation auszugleichen. Zudem soll sie um den Bundesanteil für das Förderprogramm Forschungsbauten ergänzt werden, das DIE LINKE auslaufen lassen will.</p>
AfD	<p>Die AfD setzt sich für eine verlässliche und höhere Grundfinanzierung der Hochschulen ein. Den finanziellen Zwang zur Nivellierung durch planwirtschaftliche Zielvorgaben zu Studentenzahlen, Studienerfolg und anderen Quoten will die AfD lieber heute als morgen beenden.</p> <p>Durch die vorgeschlagene neue Rolle als Zentren für Anwendungstechnik stünde den Fachhochschulen ebenfalls die Möglichkeit offen, Drittmittel aus Wirtschaftsunternehmen zu generieren. Eine weitere zu erschließende Quelle wäre der immer wichtiger werdende Sektor der berufsbegleitenden Weiterbildung.</p>
<p>6. Welche Herausforderungen sieht Ihre Partei im Zusammenhang mit der Digitalisierung auf die Hochschulen zukommen und wie wollen Sie diese bei deren Bewältigung unterstützen?</p>	
SPD	<p>Auf die Hochschulen kommen in der Tat zahlreiche Herausforderungen zu: bei Publikationen und OpenSource; im Zusammenhang mit Urheberrechtsfragen und Rahmenverträgen; angesichts neuer geforderter Qualifikationen für Hochschulbeschäftigte sowie Lehr- und Forschungspersonal; neue Anforderungen der Studierenden; sich ändernde infrastrukturelle Anforderungen, für die digitale Lehre an sich; bei der Entwicklung und Implementierung neuer Arbeitsfelder, auf denen die Hochschulen ihre Alleinstellungsmerkmale und ihre Qualitätsstandards behaupten müssen.</p> <p>Aus diesem Grund hat das Parlament auch den Landeshochschulentwicklungsplan gerade im Bereich der Digitalisierung nach vielen Fachgesprächen zusätzlich präzisiert. Dieses Vorgehen, die Einrichtung der digitalen Hochschule NRW und zusätzliche Mittel für die Digitalisierung bilden eine gute Grundlage, um die Chancen zu nutzen, die sich durch die bestehenden Herausforderungen bieten.</p> <p>Wir wollen, dass die Hochschulen mit Unterstützung des Hochschulbibliotheksentrums (HBZ) zunehmend gute Rahmenverträge und Konditionen abschließen können. Wir werden zudem – gemeinsam mit den Hochschulen - für eine praktikable und dauerhafte Lösung für digitale Semesterapparate mit der VG-Wort sorgen. Wir möchten Sicherheit für die an Hochschulen publizierenden Personen schaffen, welche OpenSource-Projekte seriös sind. Wir setzen uns beim Bund</p>

	<p>für eine Wissenschaftsschranke beim Urheberrecht ein. Wir wollen, dass Online-Angebote von Dritten sich immer an den Qualitätsstandards der Hochschulen messen müssen und die Hochschulen bei der Inanspruchnahme von ihrem besonderen Status als Ort der Wissenschaft und Lehre profitieren können. Die Kooperation zwischen den Hochschulen wird zudem über die digitale Hochschule NRW verbessert. Wir stellen in diesem Zusammenhang und darüber hinaus Mittel für die digitale Infrastruktur und Fortbildungen bei den Hochschulen zur Verfügung. Auch die Vernetzung von einzelnen Fächern über Plattformen zum Austausch und zur – wenn gewünscht - Weitergabe von Lehrinhalten werden wir unterstützen. Das sind nur einige konkrete Beispiele, die aus Sicht der NRWSPD auf dem Landeshochschulentwicklungsplan aufbauen können.</p>
CDU	<p>In Nordrhein-Westfalen fehlt es derzeit immer noch an den grundlegenden Voraussetzungen für das digitale Lernen, den digitalen Wissensaustausch und einer Forschungsstrategie für den Megatrend Digitalisierung in allen Wirtschaftsbereichen. Auch die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe an den Fachhochschulen ist noch nicht so weit vorangeschritten wie möglich und notwendig. Digitalisierung kann nur mit zeitgemäßer Ausstattung erfolgen. Daher wollen wir die Hochschulen dabei unterstützen, zeitgemäße Software im Bereich ihrer Lernmanagementsysteme sowie ausreichend frei zugängliche Hardware anzuschaffen. Wir wollen gemeinsam mit den Hochschulen ein Anreizsystem begründen, das digitale Lehr- und Lernformen stärkt und fördert. Um mehr digitale Hochschulbildung zu erreichen, wollen wir zudem politische Rahmenbedingungen schaffen, die eine hochschulübergreifende Vernetzung ermöglichen und einheitliche Standards für die kompatible übergreifende Nutzung der IT-Systeme sowie Internetbasierte Services festlegen. Es soll geprüft werden, ob zur Sicherung des gleichen Zugangs auf bestehende Open-Source-Lösungen zurückgegriffen werden kann oder ob diese gegebenenfalls entwickelt werden können. Wir wollen ein effektives Koordinierungszentrum schaffen, das eine landesweite Hochschulkooperation in verschiedenen Bereichen initiiert und begleitet.</p>
Grüne	<p>Die Hochschulen haben sich bereits auf den Weg gemacht, die Chancen der Digitalisierung in Forschung, Lehre und Verwaltung zu nutzen. Wir GRÜNE wollen diesen Prozess finanziell und koordinierend unterstützen. Die Digitalisierung betrifft alle Menschen und gesellschaftlichen Bereiche. Daher kommt in den nächsten Jahren der Forschung zur Digitalisierung eine besondere Bedeutung zu. Die Forschung zur Digitalisierung – von der Grundlagenforschung bis hin zur angewandten Forschung und Entwicklung – muss deutlicher herausgearbeitet werden, mit dem Ziel einen Landesforschungsschwerpunkt zu etablieren. Ein Verbund von Instituten oder ein Zentrum für Digitalisierung müsste hier eine Koordinierungsfunktion für die landesweit dezentral verteilten Kompetenzen unterschiedlichster Disziplinen übernehmen. Dieses Zentrum (oder der Verbund) könnte eigene Forschung zur Digitalisierung vorantreiben und die Entwicklung eines übergreifenden landesweiten Digitalisierungskonzepts ermöglichen.</p>

	<p>Wir wollen die „Infrastrukturen des Wissens“ unseres NRW-Wissenschafts- und Forschungssystems modernisieren und ausbauen, um die Bauten und die Ausstattung der NRW-Hochschulen an allen Standorten auf die Höhe der Zeit zu bringen. Dazu gehören auch die digitalen Infrastrukturen.</p> <p>Wir wollen die Qualität der Lehre erhöhen, indem wir das Voneinander-Lernen stärken und sich die Hochschulen besser koordinieren. Wir wollen, dass die Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung in der Lehre an den Hochschulen vollumfänglich genutzt werden, bei der Vor- und Nachbereitung sowie der Durchführung. Neben elektronischen Semesterapparaten gehören dazu auch Plattformen für E-Learning und für den Zugang zu freien Lern- und Lehrmaterialien (Open Educational Resources). Wir wollen die Hochschulen darin unterstützen ihre Wissensvermittlung stärker auf „Blended Learning“ auszuweiten und dabei auch die Medienkompetenz der Studierenden zu fördern. Neue Lehrkräfte sollten zur Weiterbildung verpflichtet und klare Kriterien für die Qualität der Lehre aufgestellt werden. Für uns ist selbstverständlich, dass digitale Angebote die klassische Präsenzlehre erweitern und ergänzen können, sie aber nicht ersetzen sollen.</p> <p>Wir wollen auch weiterhin, dass Studierenden ihre Unterlagen für Lehrveranstaltungen digital zur Verfügung gestellt werden. Ziel ist es alternative Modelle der Entlohnung von Autor*innen zu entwickeln, die der Digitalisierung nicht im Weg stehen und keinen bürokratischen Aufwand an den Hochschulen verursachen. Es war richtig, dass Kultusministerkonferenz, Hochschulrektorenkonferenz und Verwertungsgesellschaft Wort für die Zeit ab dem 1. Januar eine Übergangslösung geschaffen haben und für die Zeit ab Oktober 2017 einen neuen Rahmenvertrag schließen wollen. Um die Chancen der Digitalisierung für Lehre und Forschung nutzen zu können, bedarf es endlich eines bildungs- und forschungsfreundlichen Urheberrechts auf Bundesebene. Bis heute fehlt diesem eine umfassende Bildungs- und Wissenschaftsschranke, die es den Lehrenden, Lernenden und Forschenden erleichtert, publizierte Werke für den wissenschaftlichen Gebrauch grundsätzlich genehmigungsfrei und ohne Einschränkungen zu nutzen. Ziel muss es sein, den für Wissenschaft notwendigen Zugang zu Wissen unter angemessenen und für alle Seiten fairen Bedingungen zu gewährleisten.</p>
FDP	<p>Die Zukunft ist digital, viele Hochschulen sind aber bis heute leider noch analog. An einigen Hochschulen fehlen immer noch flächendeckend WLAN-Netze, die Implementierung von Open-Access im Hochschulalltag hat noch reichlich Luft nach oben. Viele Finanzminister halten ausgerechnet die Digitalisierung der Hochschulen für eine Möglichkeit zum Sparen. Die Ansicht, je mehr digitale Inhalte desto weniger Personal, ist jedoch ein Irrglaube. Tatsächlich funktionieren die meisten digitalen Lehrangebote nur in Kombination mit Präsenzlehre. Für einen Professor, der seine Aufgaben in Forschung, Lehre und Gremien gewissenhaft wahrnimmt, kann das zur Kreativitäts- und Forschungsbremse werden.</p>

	<p>Abhilfe könnten flächendeckend Ansprechpartner leisten, die Umsetzung und Ideen-Transport übernehmen. Die konkrete Umsetzung und Anwendung ist jedoch den Hochschulen und Dozenten vorbehalten – das Land sollte flexibel und dynamisch an Hochschulen entwickelte Strukturen unterstützen, statt selbst in die Hochschulautonomie einzugreifen und konkrete Vorgaben zur Umsetzung zu machen.</p> <p>Der unzureichende Rahmenvertrag mit der VG Wort und die Beinahe-Abschaffung der digitalen Semesterapparate haben zudem bewiesen, dass wir dringend eine allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschranke im Urheberrecht benötigen, damit die Digitalisierung in Lehre und Forschung rechtssicher vollzogen werden kann.</p>
Piraten	<p>Alle Bildungseinrichtungen müssen ihre Fähigkeit ausbauen, Innovation zu fördern und das Potenzial neuer Technologien und digitaler Inhalte zu nutzen. Bahnbrechende Technologien wie Massive Open Online Courses (MOOC), offene Online-Kurse mit sehr vielen Teilnehmern, sind dazu angetan, die Hochschulbildung von Grund auf zu ändern. Eine intensivere Nutzung von Lernerfahrungen, die Präsenzphasen mit Online-Angeboten kombinieren („Blended Learning“), kann Studierende zusätzlich motivieren und ihnen effizienteres Arbeiten ermöglichen. Neue Technologien rücken neue Lösungen für maßgeschneidertes Lernen in greifbare Nähe. Auch bei Lehr- und Lernmitteln werden die Potentiale der Digitalisierung bislang nicht ausgeschöpft. Dazu ist eine Förderung der Entwicklung und der Verfügbarkeit insbesondere von Lernmitteln unter freier Lizenz notwendig. Doch auch für andere Bildungskontexte wie der Weiterbildung und der Lehre an Hochschulen ist ein wachsendes Angebot freier Lernmedien wünschenswert.</p>
Linke	<p>Die Herausforderungen, vor denen die Hochschulen bei der Bewältigung der Digitalisierung gestellt sind, lassen sich bisher nur abschätzen. Bisher fehlt für die vielen sich anbietenden neuen Anwendungsmöglichkeiten das Wissen über ihre Wirkung. Gleichzeitig sind durch die Vielzahl technischer Neuerungen viele Anwendungsmöglichkeiten weder ausgeschöpft noch in Ansätzen bekannt.</p> <p>Aus diesem Grund braucht es aus Sicht der LINKEN vor allem zwei Dinge für eine erfolgreiche Bewältigung der Digitalisierung: Zum ersten Freiheiten für die Mitglieder der Hochschule, dies umfasst ebenso die Studierenden, neue Lösungsansätze umsetzen zu können. Hierfür bedarf es neben einer finanziellen Basis den Ausbau von Serviceeinrichtungen, um beispielsweise neue Ansätze zur Nutzung von IT in Forschung und Lehre sowie didaktische Fähigkeiten zu vermitteln. Hinzu kommen leicht verständliche rechtliche Rahmenbedingungen, die ebenso von Laien verstanden werden können, z.B. eine sogenannte Bildungs- und Wissenschaftsschranke.</p> <p>Zum zweiten ist aus Sicht der LINKEN aber ebenfalls eine stärkere Kooperation innerhalb und zwischen verschiedenen Hochschulen von großer Bedeutung. Mit der Digitalisierung ändern sich Aufgaben und Funktionsweise von</p>

	<p>Hochschuleinrichtungen diametral. So wird von Bibliotheken zunehmend erwartet, dass sie nicht mehr nur reine Magazine für Bücher und Zeitschriften in digitaler oder nicht-digitaler Form sind. Sie sollen in Zeiten von Open-Science gleichzeitig als Open-Access-Verlage Forschungsdaten verfügbar machen sowie zu deren Verarbeitung entsprechende Werkzeuge bereitstellen. Durch dieses Zusammenspiel von Freiheit und Kooperation können Anwendungsmöglichkeiten und ihre Wirkung schneller erfasst und umgesetzt werden. Zusammen mit den so erzeugten Lerneffekten, kann die Ausgestaltung der Digitalisierung angegangen werden. Zudem kann eine gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Betrieb digitaler Infrastruktur Einsparpotentiale bieten, deren Ressourcen besser für die Anwendungsentwicklung und gute Forschung und Lehre verwendet werden sollten.</p>
AfD	<p>In der Tat stellt der digitale Wandel unsere Gesellschaft vor ganz neue Herausforderungen. Das betrifft nicht nur die Märkte, sondern auch die Formen des Lernens, der Ausbildung und vieles mehr. Jeder von uns bemerkt, wie sich selbst unsere täglichen Gewohnheiten in den letzten 10 Jahren verändert haben.</p> <p>Unsere Abgeordneten im Europäischen Parlament arbeiten seit Beginn dieser Legislaturperiode in mehreren Ausschüssen an dem Konzept „Digitaler Binnenmarkt“. In diesem Zusammenhang wird auch das Urheberrecht diskutiert.</p> <p>Aber auch die Digitalisierung muss derart mit Randbedingungen versehen werden, dass sie sich immer als Segen und nie als Fluch für die Gesellschaft herausstellt. Das ist unserer Meinung nach die größte Herausforderung! Auf europäischer Ebene arbeiten wir bereits daran.</p>
7. Was bedeutet für Ihre Partei Hochschulautonomie und welchen Stellenwert hat sie für Sie?	
SPD	<p>Die Hochschulautonomie hat einen hohen Stellenwert für uns, wie Sie bereits der ersten Antwort entnehmen können. Für uns bedeutet Hochschulautonomie, dass wir gute Rahmenbedingungen schaffen, damit die Hochschulen frei in Forschung und Lehre agieren können und auch darüber hinaus eigene Entscheidungen (Globalhaushalte etc.) treffen können. Das Land hat dabei eine rahmengebende Funktion, die im Austausch und der kollegialen Kooperation wahrgenommen wird, wie dies beispielsweise die Prozesse zum Landeshochschulentwicklungsplan und zur Hochschulvereinbarung 2021 zeigen.</p>
CDU	<p>In der Zeit des Hochschulfreiheitsgesetzes in den Jahren 2005 bis 2010 waren die Hochschulen sehr erfolgreich. Nordrhein-Westfalen galt aufgrund einer sehr autonom gestalteten Hochschullandschaft als Vorreiter in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Wir werden daher nach der Regierungsübernahme unverzüglich gemeinsam mit den Hochschulen die Weiterentwicklung und Stärkung des Hochschulstandortes Nordrhein-Westfalen unterstützen und die überfällige Evaluation der Hochschulgesetzgebung durchführen, um die 2014 begangenen Fehler zu beheben.</p>

<p>Grüne</p>	<p>Die Autonomie der Hochschulen ist für uns ein wichtiges Anliegen, das wir GRÜNE seit vielen Jahren konsequent vorangetrieben haben. Dazu gehören die Einführung der Globalbudgets, das Berufungsrecht der Hochschulen, der Verzicht auf die Genehmigung von Studiengängen und der Rückzug des Ministeriums aus der Fachaufsicht. Wir haben die rechtliche Verselbständigung der einzelnen Hochschule nach dem Hochschulfreiheitsgesetz mitgetragen. Wir sind stolz darauf, dass die rechtlich verselbständigten Hochschulen in NRW die freiheitlichsten in der gesamten Bundesrepublik sind.</p> <p>Die Autonomie der Hochschulen wollen wir wahren. Wir wollen, dass der Staat weiterhin auf Fachaufsicht und Detailsteuerung verzichtet, dabei aber einen klaren gesetzlichen Rahmen vorgibt. Das Parlament muss weiterhin die strategisch wichtigen Ziele definieren, die die Hochschulen erfüllen. Die Hochschulen wiederum werden ihrer Verantwortung gegenüber Staat und Gesellschaft gerecht.</p>
<p>FDP</p>	<p>Wir Freien Demokraten sind die Partei der Hochschulautonomie. Wir denken die Hochschulautonomie bei allen wissenschaftspolitischen Fragestellungen und Problemlagen stets mit. Wissenschaftspolitische Maßnahmen und Initiativen können nur erfolgreich sein, wenn sie im Einklang mit der Hochschulautonomie erfolgen.</p> <p>Die FDP steht für das unter der Federführung des ehemaligen Wissenschaftsministers Andreas Pinkwart geschriebene Hochschulfreiheitsgesetz, das den Hochschulen einst ermöglichte, eigenverantwortlich und unabhängig zu planen und zu entscheiden. Die Hochschulen haben in der Folge bewiesen, dass sie sehr verantwortungsvoll und erfolgreich die Möglichkeiten der Hochschulfreiheit genutzt haben. Umso unverständlicher ist deshalb, dass diese Freiheit durch das rot-grüne Hochschulzukunftsgesetz wieder massiv beschnitten wurde. Wir Freien Demokraten haben jedoch die Hoffnung, dass dieser Rückschritt in der Entwicklung des nordrhein-westfälischen Hochschulwesens schnell korrigiert werden kann. Auch in der kommenden Legislaturperiode wollen wir den Hochschulen ermöglichen, eigenverantwortlich Profile und Stärken zu entwickeln, Kooperationen mit der Wirtschaft einzugehen und langfristig mit den zur Verfügung stehenden Mitteln planen zu können. Von unsinnigen, bürokratischen Auflagen wollen wir sie befreien.</p>
<p>Piraten</p>	<p>Die Piraten haben ihre Definition der Hochschulautonomie im vorgelegten Wissenschaftsgesetz NRW dargelegt. Das nordrhein-westfälische Hochschulrecht ist durch die Einführung des Hochschulfreiheitsgesetzes unter den Gesichtspunkten des New Public Management ideologisch aufgeladen worden. Nicht die Wissenschaft wurde mit mehr Autonomie ausgestattet, sondern der Einfluss externer Interessen erhielt Einzug an den NRW-Hochschulen.</p> <p>Wissenschaft lebt von der Freiheit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Hochschulen als Orte der Wissenschaft benötigen Rahmenbedingungen, in denen diese Freiheit am besten genutzt werden kann. Die Hochschulen können sich</p>

	<p>auf ihre Kernaufgabe der Vermehrung von wissenschaftlichen Erkenntnissen konzentrieren. Gleichzeitig werden sie wieder in die Lage versetzt, ihrem Auftrag der Vermittlung von Bildung nachzukommen. Durch die Implementierung von Neuen Medien ins Hochschulgesetz und die Einführung des Hochschulnetzwerkgesetzes werden die Hochschulen in das Zeitalter der digitalen Informations- und Wissensgesellschaft mit den nötigen gesetzlichen Regelungen gesetzt.</p> <p>Wissenschaft ist gesellschaftlicher Motor und die Hochschulen leisten dabei einen großen Anteil der gesellschaftlichen Entwicklungen. Gute Wissenschaft setzt auch sichere und gute Beschäftigungsverhältnisse voraus, sodass dieses Gesetz die Hochschulbeschäftigten wieder in den Landesdienst zurückholt. Die nötige Transparenz bei der Verausgabung von Steuermitteln wird gewährleistet, denn Transparenz schafft Vertrauen.</p>
Linke	<p>DIE LINKE misst der Hochschulautonomie einen großen Stellenwert zu. Den Einfluss, den die Landesregierung z.B. durch die Budgetierungssysteme erhalten hat, sieht DIE LINKE als problematisch an. Diese greifen in Teilen in die Freiheit von Forschung und Lehre ein, die grundgesetzlich geschützt sind, und geben zudem falsche Anreize.</p> <p>Der Rückzug des Ministeriums soll jedoch nicht durch eine Diktatur der Leitungsebene ersetzt werden, in der vor allem die Hochschulleitungen wie in privaten Unternehmen durchregieren können. Denn dies verstößt ebenso gegen die Freiheit von Forschung und Lehre. Aus diesem Grund will DIE LINKE eine umfangreiche Mitbestimmung aller Statusgruppen (Studierende, wissenschaftliche und technisch-administrative MitarbeiterInnen sowie ProfessorInnen) in der Landesgesetzgebung verankern. Hierzu zählt z.B. die Übertragung zentraler Entscheidungsbefugnisse, wie das Budgetrecht, die Struktur- und Entwicklungsplanung sowie die Wahl des Leitungspersonals der Hochschule, Fachbereiche und Institute, in paritätisch besetzte Gremien, deren Mitglieder von den jeweiligen Statusgruppen in demokratischen Wahlen mindestens alle zwei Jahre neu bestimmt werden. Zudem wird sich DIE LINKE dafür einsetzen, dass Hochschulen und ihre Mitglieder durch bestimmte Anreizsysteme oder die Abhängigkeit von Dritten keiner externen Steuerung, z.B. durch die Wissenschaftsministerien oder große Drittmittelgeber, unterworfen werden. Diese externen Restriktionen lassen jede Art der Mitbestimmung in der Hochschule zu einer Farce werden. Die Freiheit von Forschung und Lehre umfassen ebenso die Forscher*innen, Lehrende und Lernende. Die verfasste Studierendenschaft will DIE LINKE mit einem allgemeinpolitischen Mandat ausstatten.</p>
AfD	<p>Die Freiheit von Forschung und Lehre ist für die AfD unantastbar! Das beinhaltet zwingend die Unabhängigkeit und Autonomie aller Hochschulen. Deshalb sehen wir private Hochschulen, insbesondere solche mit Anbindung an z.B. politische Stiftungen oder lobbyistisch gesteuerte Organisationen, mit zwiespältigen Gefühlen.</p>
<p>8. Wie lässt sich nach Auffassung Ihrer Partei bei wachsender Heterogenität der Studierendenschaft die Studierfähigkeit von Studienanfänger/innen sicherstellen?</p>	

SPD	<p>Noch nie haben in Deutschland so viele Menschen studiert wie heute. Im vergangenen Wintersemester waren an den Hochschulen über 2,6 Millionen Studierende eingeschrieben. Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen und sie findet auch nicht im luftleeren Raum statt. Ebenso wenig wollen wir sie politisch begrenzen. Es gibt in Deutschland schließlich einen deutlichen Trend zu mehr wissens- und forschungsbasierter Produktion, zur Akademisierung der Berufswelt, und es gibt auch einen Trend zum lebenslangen Lernen – wobei die Lernenden und Studierenden zunehmend heterogen sind. Der drohende Fachkräftemangel ist nicht nur das Problem einer bestimmten Branche oder der Wirtschaft im Allgemeinen: Ohne gut ausgebildete Fachkräfte wird unsere Gesellschaft Innovationskraft und damit ein Stück Zukunftsfähigkeit verlieren. Das ist eine Herausforderung, die uns alle angeht. Und deshalb müssen wir jedes Talent, das wir haben, finden und fördern.</p> <p>Dies beginnt im Bereich der frühkindlichen Bildung, zieht sich über die Schule und die hohe Qualität der entsprechenden Hochschulzugangsberechtigungen bis zur Hochschule, wo die Studierenden in der Tat immer vielfältiger werden. Der angemessene Umgang mit dieser Vielfalt ist dabei der Schlüssel für ein gerechtes und auch leistungsfähiges Hochschulsystem in NRW. Dass das für die Hochschulen oft eine große Herausforderung darstellt und dabei insbesondere die Studieneingangsphase im Mittelpunkt steht, ist unbestritten. Deshalb unterstützt das Land die Hochschulen hier gezielt und wird das auch in Zukunft weiterhin tun (z.B. Wettbewerb guter Studienstart). Ein besonderer Fokus liegt zudem bereits einen Schritt vor dem eigentlichen Studienstart: Die wichtige Frage „Welches Studium passt zu mir?“ beantwortet der von der Landesregierung ins Leben gerufene StudiFinder, die Frage „Wie fit bin ich für mein Studium?“ beantworten die StudiChecks und mit dem E-Learning-Portal Studiport wurde ein eigenes Instrument der öffentlich-rechtlichen Universitäten und Fachhochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen und des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung geschaffen, um Studienanfängerinnen und Studienanfänger bei ihrem Studienstart zu unterstützen. Diese Wege werden wir weitergehen und teilen das Ziel, dass nicht nur der Zugang zur Hochschule offen sein muss, sondern jeder Studierende auch die Chance auf ein erfolgreiches und qualitativ hochwertiges Studium bekommen muss.</p>
CDU	<p>Wir werden Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität an den Gymnasien in Nordrhein-Westfalen ergreifen und die Studierfähigkeit der Studienanfänger verbessern. Dazu gehört die Stärkung der technischen Grundbildung und Nachwuchsförderung, die Grundvoraussetzung für den Innovations- und Technikstandort Nordrhein-Westfalen ist. Die MINT-Fächer an den Gymnasien werden wir zu einem attraktiven Angebot weiter ausbauen. Die Gymnasien sollen durch eine enge Kooperation mit den Hochschulen ihr Profil im Sinne der Wissenschaftspropädeutik schärfen können.</p>
Grüne	<p>Hier muss sowohl an den Schulen, beim Übergang von Schule zu Beruf oder Studium sowie an den Hochschulen angesetzt werden. Wir GRÜNE haben in den letzten Jahren in allen drei Bereichen an Verbesserungen gearbeitet. Beim</p>

	<p>Übergang zum Studium haben wir mit dem Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ und dem „Studifinder“, inklusive der freiwilligen Self-Assessments, erstmals wirkliche Beratungsstrukturen geschaffen. Hier wollen wir in Zukunft vor allem in der gymnasialen Oberstufe die Berufs- bzw. Studienberatung vertiefen. An den Hochschulen wird vor allem mit Studieneingangsphasen in unterschiedlichen Ausgestaltungen und einem Diversity Management dafür gesorgt, dass Studierende im Studium „ankommen“. Diese Programme und Instrumente werden wir in den kommenden Jahren strukturell weiterentwickeln.</p>
<p>FDP</p>	<p>Eigentlich sollen Schulzeugnisse Fähigkeiten und Fertigkeiten bestätigen, mit Erwerb einer Hochschulreife sollte die Studierfähigkeit dabei inbegriffen sein. Gegenwärtig zeigen Rückmeldungen nicht nur aus dem Hochschulbereich hingegen, dass in steigendem Maße die eigentlich mit Zeugnissen und Abschlüssen bescheinigten Kompetenzen nicht ausreichend vorhanden sind. Auch wenn z.B. „Auffrischkurse“ per se nichts Schlechtes sind, kann es nicht die grundsätzliche Aufgabe der Hochschulen sein, Studierfähigkeit herzustellen. Deshalb braucht es auch an unseren Schulen endlich eine Qualitätsoffensive, denn die deutliche Leistungs nivellierung, die von Rot-Grün in der nordrhein-westfälischen Schulpolitik umgesetzt wird, verspielt die Chancen der jungen Generation. Es wird z.B. die Vergabe von Ziffernnoten als Leistungsnachweis eingeschränkt. Bei einer schlechten Notenvergabe muss diese vielfach von Lehrkräften ausführlich begründet werden; unerlässliche Grundlagen wie den Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen und inzwischen auch Medienkompetenz wird zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt und es erfolgt vielfach ein „Weiterschieben“ von Kindern und Jugendlichen, ohne dass Kompetenzvorgaben erreicht werden. In der Lehrerbildung wurden unlängst die verlangten Fachkenntnisse für Lehrkräfte abgesenkt. Ebenfalls betrachten wir Analysen aus der Wissenschaft, die Absenkungen des Anforderungsniveaus etwa bei zentralen Prüfungen kritisieren, als deutlichen Fingerzeig. In bundesweiten Leistungsvergleichen belegen nordrhein-westfälische Schülerinnen und Schüler bei den Kompetenzen leider regelmäßig letzte Plätze, ohne dass wirklich nachhaltige Maßnahmen zur Qualitätssicherung ergriffen werden.</p> <p>Mit großer Sorge betrachten wir die rot-grünen Festlegungen, nach der Landtagswahl fast 7.000 Lehrerstellen abzubauen. Diese Pläne werden einer besseren individuellen Förderung kaum zuträglich sein. Gleichzeitig hat eine Nivellierung von Leistungsansprüchen ein schleichendes Erodieren des Wertes von Abschlüssen zur Folge. Selbst aus der bundesweiten wissenschaftlichen Qualitätssicherung für das Schulwesen wurde zwischenzeitlich Kritik an einer zu geringen Leistungsorientierung geäußert, die Kinder und Jugendlichen nicht helfe. Generell ist es aus Sicht der Freien Demokraten nicht sinnvoll, den Eindruck zu erwecken, eine Hochschulbildung sei für alle Jugendlichen der einzig mögliche Weg für eine erfolgreiche Lebensgestaltung. Es geht darum, Durchlässigkeit und Anschlussmöglichkeiten zwischen den jeweiligen Bildungsinstitutionen zu stärken, aber diese Vielfalt auch angemessen darzustellen. Um Vergleichbarkeit und Leistungsgerechtigkeit sicherzustellen, müssen ebenso deutliche wie verbindliche Qualitäts- und Leistungsstandards</p>

	<p>gesichert werden. Dies gilt für hohe Anforderungen bei Vergleichsarbeiten, für zentrale Prüfungen ebenso wie für die Zeugnisvergabe und die dort bescheinigten Kompetenzen. Ebenfalls muss eine bessere – bundesweite – Vergleichbarkeit der Schulen hergestellt werden. Erforderlich sind gemeinsame Bildungsstandards, bundeseinheitliche Abschlussprüfungen und eine transparente Evaluation der einzelnen Schulen. So müssen z.B. die Ergebnisse der Qualitätsanalyse und Lernstandserhebungen durch die Schulen im Internet veröffentlicht werden. Die Freien Demokraten betrachten Bildung darüber hinaus als eine nationale Kernaufgabe. Bund und Länder sollen deshalb in der Schulpolitik besser zusammenarbeiten. Den Bund wollen wir dabei stärker in die finanzielle und koordinierende Verantwortung nehmen.</p>
Piraten	<p>Wir stehen dafür ein, dass die Hochschulen gemeinsam mit den Schulen den Übergang von Schule zu Hochschule evaluieren und dass die nötigen Kurse angeboten werden. Gleichzeitig muss sich Hochschule auch auf die wachsende Heterogenität einstellen. Dabei muss das Land NRW unterstützend tätig sein.</p>
Linke	<p>DIE LINKE sieht in einer steigenden Heterogenität der Studierendenschaft ein großes Potential für die Hochschulen, denn den Lehrenden können sich durch das Feedback neue Perspektiven für Forschung und Lehre öffnen.</p> <p>Dies kann allerdings nur seine volle Wirkung entfalten, wenn ebenso heterogene Systeme der Leistungserbringung an den Hochschulen existieren. Hier sollten die Lehrenden den jungen Menschen mehr zutrauen, als sie es derzeit tun. Für viele Studierende würde dies zu einer deutlichen Motivationssteigerung und einem erfolgreicherem Studium führen.</p> <p>Die von verschiedenen Personen und Organisationen der jeweiligen Studienanfänger*innengeneration attestierte fehlende Studierfähigkeit sieht DIE LINKE daher nicht als zentrales Problem. Studierende sind zudem immer schon mit unterschiedlichem Wissen und Fähigkeiten an die Hochschulen gekommen, ebenso gab es immer Beschwerden über die angeblich nicht vorhandene Ausbildungsfähigkeit bei Jugendlichen.</p> <p>Die zu beobachtende wachsende Spreizung erklärt sich aus Sicht der LINKEN vor allem aus der chronischen Unterfinanzierung des Bildungssystems, die keine individuelle Betreuung in den vorherigen Bildungsstufen zulässt. Daher besteht in Deutschland im internationalen Vergleich der größte Zusammenhang von Bildungserfolg und Bildungsherkunft.</p>
AfD	-/-
9. Wie wird Ihre Partei die Rolle der Fachhochschulen bei der Lehrerbildung stärken?	
SPD	<p>Die NRWSPD ist überzeugt: Der Ansatz, im Rahmen einer kooperativen Ausbildung für das Lehramt gewerblich-technischer Fachrichtungen an Berufskollegs auch Absolventinnen und Absolventen von einschlägigen Bachelorstudiengängen an Fachhochschulen den Weg in ein Lehramt zu ermöglichen, hat sich bewährt. Er leistet einen</p>

	wichtigen Beitrag zur Lehrkräfteversorgung, zur regionalen Verankerung der Lehrkräfteausbildung und auch zur Sicherung der Qualität in dem berufsschulischen Teil der dualen beruflichen Ausbildung. Das sind wiederum wesentliche Voraussetzungen einer dauerhaften und wirksamen Fachkräftesicherung und der Stärkung des Wirtschaftsstandortes in NRW. NRW ist in diesem Bereich Vorreiter und ermöglicht so neuen Studierendengruppen den Zugang zur universitären Lehramtsausbildung und schafft zudem wirksame Anreize, diese Zugänge zu nutzen. Einen Widerspruch zum Prinzip der grundständigen universitären Lehramtsausbildung, der in anderen Ländern mitunter formuliert wird, sehen wir nicht. Wir werden diesen erfolgreich und von den Studierenden nachgefragten Weg weitergehen. Ein klares Signal hierfür ist die Verstetigung der entsprechenden Mittel, perspektivisch werden wir das Modell beobachten und je nach weiterem Verlauf eine Ausweitung in Betracht ziehen.
CDU	Vor allem in den MINT-Fächern wollen wir die bestehenden Verbünde zwischen Universitäten und Fachhochschulen insbesondere für das Studium des Lehramts an Berufskollegs durch Unterstützung des Landes fördern und ausbauen.
Grüne	Wir GRÜNE wollen die Fachhochschulen an der Lehramtsausbildung weiter beteiligen und für Fachhochschulabsolvent*innen mit Masterabschluss den Seiteneinstieg öffnen, um den zukünftigen Lehrbedarf an Berufskollegs decken zu können.
FDP	Die Freien Demokraten bewerten die Einbindung der Fachhochschulen in die Ausbildung zukünftiger Lehrerinnen und Lehrer für Berufskollegs als sinnvoll. Gerade in diesem wichtigen Feld unseres Ausbildungssystems fehlt es vielfach an gewerblich-technischen Fachlehrkräften. Für die FDP ist es einerseits von hoher Bedeutung, die akademische Ausbildung der Lehrkräfte an Berufskollegs zu sichern, andererseits aber den dringend benötigten Fachkräftebedarf zu sichern. Fachhochschulen mit ihrem großen, gerade für dieses Lehramt wichtigen Know-how und Praxisbezug kann dabei eine positive Rolle zukommen. Auch wenn wir der Hochschullandschaft mehr freie Gestaltung wünschen, kommt einer erfolgreichen Kooperation von Fachhochschulen und Universitäten auf Augenhöhe etwa bei Übergängen, aber auch der fachlichen und personellen Absicherung eine zentrale Rolle zu, die vonseiten des Landes selbstverständlich bestmöglich begleitet werden muss. Dies gilt ebenso z.B. für eine qualitative Unterstützung etwa im Bereich der Didaktik. Darüber hinaus sind ggf. mögliche Ausweitungen zu prüfen.
Piraten	Wir haben starke Fachhochschulen, die mit Sicherheit auch in der Lehrerbildung, gerade im Bereich der Berufskollegs dafür geeignet sind, die Lehrerausbildung mit zu übernehmen. Wir sind der Auffassung, dass es eine Modellhochschule geben sollte, die die Lehrerausbildung an den Fachhochschulen erprobt.
Linke	DIE LINKE steht für eine progressive Hochschul- und Wissenschaftspolitik, die nicht in Schubladen, Kategorien oder Status und Hierarchien denkt. Daher stehen wir neuen Organisationsformen von Studiengängen offen, ebenso wie der Etablierung von neuen Studiengängen.

	<p>Daher sehen wir Lehramtsstudiengänge an Fachhochschulen als eine interessante Ergänzung des bestehenden Systems. Dabei muss jedoch ausdrücklich geregelt werden, dass Lehrkräfte mit dieser Ausbildung gleiche Rahmenbedingungen vorfinden wie ihre an Universitäten ausgebildeten Kolleg*innen, vor allem bei der Bezahlung. Es dürfen keine neuen Hierarchien oder Schmalspurstudiengänge entstehen. Daher soll auch hier aus Sicht der LINKEN grundsätzlich ein Masterabschluss das Studienziel sein, dem sich ein Referendariat anschließt. Denn eine Doppelqualifikation aus hohen fachlichen und didaktischen Fähigkeiten kann in einem sechssemestrigen Bachelorstudiengang nicht vermittelt werden.</p>
<p>AfD</p>	<p>Unsere AfD-Position, das wiederhole ich auch hier gerne noch einmal, besteht nicht darin, dass Fachhochschulen den Universitäten die Studierenden wegnehmen. Wir bevorzugen es, dass Fachhochschulen ein eigenständiges Profil bekommen. Mit anderen Worten: Grundsätzlich befürworten wir es, dass die Lehrerausbildung an den Universitäten verbleibt.</p> <p>Aber, in zwei Bereichen sehen wir wiederum ein ungenutztes Potential, das das von uns bevorzugte eigenständige Profil von Fachhochschulen unterstützen würde: Das ist einerseits die Ausbildung von Lehrern für die Bereiche Primarstufe, Sekundarstufe I und Berufsschule. Da sehen wir die Fachhochschulen als möglichen Partner an - und zwar nicht nur im Bereich Ausbildung, sondern auch in dem immer wichtiger werdenden Segment berufsbegleitende Weiterbildung.</p>